

»» NEWSLETTER ««

POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 02. Februar 2024



In dieser Ausgabe

**Abschließende
Beratungen zum
Bundeshaushalt 2024**

**Stärkungspaket zur
Unterstützung der Land-
und Forstwirtschaft**

**Rückblick Grüne Woche
2024**

Terminvorschau

»»» LIEBE LESERINNEN UND LESER,

mit dem dieser Woche beschlossenen Bundeshaushalt erhöht die Ampel die Steuern und Schulden, es folgen neue Belastungen für Bürger und Unternehmen, und die Ausgaben wachsen doppelt so schnell wie die Wirtschaftsleistung. Und das, obwohl die Bundesregierung regelmäßig davon spricht, dass es keine Steuererhöhungen gebe. Das ist ein Widerspruch, der unglaublich macht.

Natürlich müssen die Haushaltslöcher wieder aufgefüllt werden. Dafür braucht es aber eine andere Herangehensweise. Bürger und Unternehmen leiden unter der Inflation, steigenden Lebenshaltungskosten, dem knappen Wohnungsangebot, unter unregelmäßiger Zuwanderung und einer schrumpfenden Wirtschaft.

Deutschland wird 2024 voraussichtlich zum zweiten Mal in Folge kein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts verzeichnen können. Neue Steuern und Belastungen sind der falsche Weg. Es braucht unserer Auffassung nach eine klare Prioritätensetzung bei den Ausgaben und den Investitionen.

Die Ampel geht die Probleme unseres Landes nicht an. Das führt zu einer Verunsicherung in der Bevölkerung und stärkt antidemokratische, extremistische und populistische Bewegungen.

Alles Gute

Ihr Hermann Färber

Die Beratungen zum Bundeshaushalt 2024 waren schlichtweg chaotisch: ein verspäteter Regierungsentwurf, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Zweiten Nachtragshaushalt 2021, das die Ampel-Parteien trotz interner Bedenken und Vorwarnung völlig unvorbereitet traf, sowie eine Bundesregierung, die - genauso wie die sie tragenden Koalitionsfraktionen SPD, Grüne und FDP - offenkundig weder einen Plan B noch einen Überblick hatten. Der Bundestag hat nun in dieser Woche einen Haushalt verabschiedet, der nicht zu einer Aufbruchstimmung in Deutschland führen, sondern bei vielen Bürgern und Unternehmen für Frust und Angst um die eigene Existenz sorgen wird. Lassen Sie mich dies an einigen konkreten Punkten darstellen.

»» ENORMES BELASTUNGSPAKET FÜR BÜRGER UND UNTERNEHMEN

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts waren Bundeskanzler, Bundeswirtschaftsminister und Bundesfinanzminister vier Wochen auf der Suche nach Geld, um dann ein vermeintliches "Sparpaket" von 17 Milliarden Euro vorzulegen. Details dazu konnten sie jedoch zunächst nicht erklären. Dieses sog. "Sparpaket" ist in Wahrheit ein "Belastungspaket" mit Steuer- und Abgabenerhöhungen für Bürger und Wirtschaft. Echte Einsparungen im Bundeshaushalt muss man hingegen mit der Lupe suchen. Die Ministerien leisten gerade einmal einen Sparbetrag von 1,4 Milliarden Euro. Ansonsten agiert die Bundesregierung mit Haushaltsverschiebungen und Einnahmeverbesserungen durch höhere Belastungen.

Das Handeln der Ampel zeigt auch eine soziale Schieflage. Während für die 12%-ige Erhöhung des Bürgergeldes rund 2,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden, wird den Bauern, die für unsere Ernährungssicherheit sorgen, die Agrardieselrückvergütung gestrichen und quasi ein Sonderopfer zur Haushaltssanierung abverlangt, welches 2024 gar nicht wirksam wird.



Bildquelle: Canva.

Insgesamt ist zu befürchten, dass die Vielzahl der Steuer- und Abgabenerhöhungen Bürger und Unternehmen überfordert. Es geht um einen deutlich zweistelligen Milliardenbetrag durch die Ampel-Maßnahmen, darunter:

- die Erhöhung der Lkw-Maut,
- ein höherer CO₂-Preis - ohne die versprochene Einführung eines Klimageldes,
- die Abschaffung der Agrardieselrückvergütung,
- die Erhöhung der Luftverkehrsabgabe,
- die Einführung einer Plastikabgabe,
- die Rücknahme der ermäßigten Mehrwertsteuer bei Gastronomie und Gas.

Während die Sozialversicherungsbeiträge in der Kranken- und Pflegeversicherung in vielen Fällen gestiegen sind, kürzt die Ampel- trotz absehbarer Finanzierungsnöte - zusätzlich den Zuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung erheblich, was zu Beitragssteigerungen führen dürfte. Immerhin wurde auf den geplanten Beitrag der Bundesagentur für Arbeit zur Haushaltskonsolidierung verzichtet. Damit versuchte die Ampel erneut, die Schuldenbremse zu umgehen, indem aus Notlagenkrediten der Jahre 2020 und 2021 stammende Gelder überjährig und zweckfremd in den Bundeshaushalt rücküberführt werden sollten. Diese Maßnahme hat die CDU/CSU massiv kritisiert. Sie wurde daraufhin zurückgenommen.

Abschließende Beratungen zum Bundeshaushalt 2024

➤➤➤ KEIN SPAREN – AUSGABEN UND SCHULDEN WEITER EXPANSIV

Der Bundeshaushalt 2024 hat ein Volumen von 477 Milliarden Euro - also noch einmal 20 Milliarden Euro über dem Vorjahresniveau. Die Neuverschuldung liegt 39 Milliarden Euro. Damit schöpft die rot-grün-gelbe Bundesregierung die maximal zulässige Neuverschuldung nach der Schuldenbremse von rund 22 Milliarden Euro vollständig aus.

Diese Haushaltspolitik wird den Herausforderungen Deutschlands nicht gerecht. Die gegenwärtigen Kernaufgaben - den Schutz der Freiheit im Äußeren und die Wahrung des Wohlstands im Innern - bildet der Ampel-Haushalt 2024 unserer Auffassung nach nicht ab. Es fehlt eine aktive, zukunftsgerichtete haushaltspolitische Strategie. Entscheidend ist es, Prioritäten zu setzen.

Gleichzeitig muss überprüft werden, wie große Ausgabenblöcke reduziert werden können. Die CDU/CSU hat vorgeschlagen, die Ausgaben beispielsweise für das Bürgergeld durch größere Anreize für eine Arbeitsaufnahme zu reduzieren. Statt solche Überlegungen mit auf die Agenda zu nehmen, werden Konsolidierungsbedarfe durch die Erhöhung von Steuern und Abgaben vermeintlich gelöst und damit die breite Bevölkerung sowie unsere Wirtschaft belastet.

Tatsächlich müssten jetzt die Grundlagen dafür gelegt werden, dass in Deutschland Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze gesichert werden und die richtigen Antworten auf die geosowie sicherheitspolitischen Herausforderungen gegeben werden. Die Bundesregierung gibt sie mit diesem Haushalt nicht.

BEREITS JETZT AUF 2025 BLICKEN <<<

Die CDU/CSU erwartet von der Ampel für den Bundeshaushalt 2025 die Rückkehr zu einem geordneten Haushaltsverfahren. Sprich: die Vorlage von Eckwerten im Frühjahr 2024 und einen vollständigen Regierungsentwurf vor der Sommerpause.

Ein Ausblick auf den Haushalt 2025 zeigt, dass die Herausforderungen immens sein werden. Ausgehend von den vielen Wünschen und Begehrlichkeiten der Ampel-Koalition, der bisherigen Finanzplanung und dem Ausgabenniveau im Bundeshaushalt 2024 gibt es schon jetzt einen haushaltspolitischen "Handlungsbedarf" von 20 bis 30 Milliarden Euro. Wir werden darauf pochen, dieses Haushaltsloch im Einklang mit der Schuldenbremse zu schließen.



Direkt zur [Haushaltsdebatte](#) in der Mediathek des Deutschen Bundestages

Wie der **Bundeshaushalt** sich genau gestaltet einfach [hier](#) nachlesen.

Stärkungspaket zur Unterstützung der Land- und Forstwirtschaft



CDU BEKRÄFTIGT UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

Diese Woche hat das Präsidium der CDU ein Stärkungspaket zur Unterstützung der Land- und Forstwirtschaft beschlossen und vorgestellt. Unter dem Titel „Stärkungspaket für Landwirtschaft, sichere Ernährung und vitales Forsten in Deutschland“ bekennen wir uns damit klar zu ländlichen Räumen sowie der Land- und Forstwirtschaft und setzen dabei vor allem auf Investitionen, Innovationen, Bürokratieabbau und ein Belastungsmoratorium. Wichtig war und ist uns vor allem, unseren Betrieben im Land wieder Zuversicht, Vertrauen, Planbarkeit und den politischen Rahmen zu geben, um ihre Potenziale zu entfesseln.



Bildquelle: Canva.

1. Faire Wettbewerbsbedingungen für unsere Betriebe in Europa
2. Land- und forstwirtschaftliche Flächen schonen
3. Mehr Tierwohl braucht mehr Rechtssicherheit, Transparenz und Investitionen
4. Klima- und Naturschutz Hand in Hand mit Land- und Forstwirtschaft – Eigentum achten und Leistung honorieren
5. Wald schützen durch nützen
6. Politik mit Wissenschaft und Nachhaltigkeitskriterien berechenbar machen
7. Chancen durch Technologieoffenheit, Innovationen und Marketing nutzen
8. Die Energiewende mit Land- und Forstwirtschaft
9. Mehr Freiheit und Zeit für die Betriebe
10. Stärkung und Förderung der ländlichen Räume

**DIESE ZEHN
PUNKTE STEHEN IM
MITTELPUNKT DES
BESCHLUSSES:**



Direkt zum [Stärkungspapier](#)

Rückblick auf die Grüne Woche 2024



Vom 19. bis 28. Januar fand die diesjährige Grüne Woche in Berlin statt. Für mich bedeutete das zahlreiche Standbesuche und Grußworte bei Veranstaltungen sowie Messerundgänge mit meiner Arbeitsgruppe Ernährung und Landwirtschaft und den Mitgliedern des Ausschusses. Dabei hat mich die Grüne Woche wieder einmal mit der hohen Innovationskraft und Leistungsfähigkeit unserer Landwirtschaft beeindruckt.



Besonders gefreut hat mich außerdem, dass sich unser Fraktionsvorsitzender, Friedrich Merz, ebenfalls die Zeit genommen hat, an dem Rundgang mit den Mitgliedern der Arbeitsgruppe teilzunehmen und dass unsere Fraktion in diesem Jahr eine eigene Veranstaltung auf der Bühne des Erlebnisbauernhofes der Grünen Woche organisiert hat.

Unter dem Titel „Treffpunkt Fraktion | Für eine leistungsfähige Landwirtschaft“ wurde über die Erfordernisse diskutiert, die es künftig braucht, damit unsere landwirtschaftlichen Betriebe auch in Zukunft auskömmlich wirtschaften und weiterhin bestehen können. Deutlich wurde dabei wieder einmal, dass es unseren Landwirten vor allem an Planungssicherheit fehlt. Die Ampel muss daher endlich tätig werden und Rahmenbedingungen schaffen, die unseren landwirtschaftlichen Betrieben eine langfristige Perspektive bieten können.



Neben der Diskussionsrunde hat sich die gleiche Problematik der fehlenden Planungssicherheit auch in den vielen Gesprächen an den einzelnen Ständen bestätigt, die ich über mehrere Tage hinweg besucht habe.



Auszüge aus meinem Terminkalender

»»» TERMINVORSCHAU

03. Februar 2024:

Festakt anlässlich des 50-jährigen Jubiläums des Blasmusikverbandes Göppingen e. V., Nenningen

04. Februar 2024:

TV-Sitzung der Donzdorfer Fasnet, Donzdorf

06. Februar 2024 | 16 Uhr:

Bürgersprechstunde, Wahlkreisbüro, Süßen

09. Februar 2024:

Mithilfe bei der Vesperkirche, Göppingen

13. Februar 2024:

Besuch des Pferdemarktes, Geislingen

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Süßen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de